

Stellungnahme

Für ein solidarisches Miteinander aller Generationen in Europa

Forderungen an den europäischen Gesetzgeber 2024 bis 2029

Einleitung

Als Stimme der älteren Generationen Deutschlands setzt sich die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen für eine lebendige Demokratie sowie für den Zusammenhalt und Frieden in Europa und der Welt ein. Sie sieht es deshalb als ihre Aufgabe an, die Anliegen der Älteren an die Kandidatinnen und Kandidaten für das Europäische Parlament heranzutragen.

Die BAGSO begrüßt Vorstöße der Europäischen Union (EU), die darauf abzielen, Menschen in allen Mitgliedstaaten ein gutes Leben im Alter zu ermöglichen. So wurden z. B. während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 Schlussfolgerungen verabschiedet, die Menschenrechte Älterer in Zeiten der Digitalisierung betreffen, und während der portugiesischen Ratspräsidentschaft 2021 Schlussfolgerungen, die

eine Berücksichtigung des Alterns in allen Politikbereichen fordern (Mainstreaming Ageing).

2021 veröffentlichte die Europäische Kommission das Grünbuch zum Thema Altern. In der Folge wurde 2022 die Europäische Strategie für Pflege und Betreuung beschlossen. Ein weiterer wichtiger Impuls war eine Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) im Juli 2023. Er empfahl der Europäischen Kommission, eine europäische Strategie für ältere Menschen zu entwickeln mit dem Ziel, sie als aktiv Handelnde sichtbar zu machen und ein selbstbestimmtes Leben in den Mittelpunkt zu rücken. Der EWSA forderte, diese Strategie noch in der aktuellen Legislaturperiode vorzulegen, um eine Grundlage für konkrete, zukünftige politische Maßnahmen der EU zu schaffen.

Wir alle wissen, dass sich die Bevölkerungsstruktur Europas massiv verändert: Die Gruppe der Älteren wächst, der Anteil der Jüngeren wird kleiner. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind deshalb gefordert, EU-Richtlinien auf den Weg zu bringen, die das solidarische Miteinander

der Generationen fördern und Benachteiligungen älterer Menschen beenden. So sollte sich das Europäische Parlament z. B. im Zuge der Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit auch mit der gesellschaftlichen Teilhabe Älterer und dem Miteinander der Generationen beschäftigen.

Auf internationaler Ebene gibt es ebenfalls Bestrebungen, die Menschenrechte im Alter zu stärken und das Leben älterer Menschen, ihrer Familien und Gemeinschaften zu verbessern. Zu nennen ist hier die von den Vereinten Nationen (UN) ausgerufene Dekade des Gesunden Alterns (2021–2030). Auch der Zweite Weltaltenplan der UN von 2002 (Madrid International Plan of Action on Ageing) sollte weiterhin als wichtiges politisches Instrument genutzt werden.

Gemeinsam mit hunderten Nichtregierungsorganisationen fordert die BAGSO seit Jahren eine UN-Altenrechtskonvention zum Schutz der Rechte Älterer weltweit. Bei den internationalen Bemühungen, die Menschenrechte Älterer und deren gleichberechtigte Teilhabe zu stärken, spielt die EU eine wichtige Rolle. Wir erwarten deshalb von der EU, dass sie ihre Verantwortung innerhalb der Staatengemeinschaft wahrnimmt und das Vorhaben einer Altenrechtskonvention bei den Vereinten Nationen aktiv unterstützt.

Forderungen

Als überparteiliche Dachorganisation von 120 Bundesverbänden fordert die BAGSO die

künftigen Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf, die gesellschaftliche Teilhabe Älterer und das Miteinander der Generationen in der kommenden Legislaturperiode zu stärken. Konkret fordern wir, die folgenden, sich gegenseitig bedingenden Ziele fest in der Agenda zu verankern:

- Altersdiskriminierung sowie mehrfache und sich überschneidende Formen der Diskriminierung beenden,
- altersfreundliche Umgebungen schaffen,
- soziale Ungleichheit und Armut beenden.

Das Europäische Parlament kann einen wichtigen Beitrag zu einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft leisten, in der alle – Junge und Alte – gut älter werden können. Voraussetzung ist, dass die Abgeordneten das Altern als lebenslangen Prozess in allen relevanten Politikbereichen berücksichtigen, ein politisches Gesamtkonzept für Ältere entwickeln, sich entschieden für die Menschenrechte Älterer einsetzen und damit die Zivilgesellschaft insgesamt stärken.

Was heißt das für die Politikgestaltung der EU?

Altersdiskriminierung beenden

Altersbedingte Benachteiligungen sind weit verbreitet: Laut dem Eurobarometer 2019 ist Altersdiskriminierung – neben der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts – eine



der häufigsten Formen von Diskriminierung in der EU¹. Das betrifft z. B. Versicherungsgeschäfte, Kreditvergaben oder den Zugang zur medizinischen Versorgung. Auch die zunehmende Digitalisierung von Dienstleistungen bzw. fehlende analoge Alternativen führen dazu, dass ältere Menschen ihr Recht auf gesellschaftliche Teilhabe nicht oder nur begrenzt wahrnehmen können. Nicht wenige ältere Menschen erleiden mehrfache Diskriminierung: aufgrund ihres Alters, ihres Geschlechts, ihrer Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit, einer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität.

In diesem Bereich hat die EU wichtige Kompetenzen. Sie bemüht sich seit vielen Jahren darum, eine Richtlinie für alle Diskriminierungsmerkmale, die sogenannte horizontale Gleichbehandlungs-/Antidiskriminierungsrichtlinie zu verabschieden, um Diskriminierungen zu verhindern. Dieser Vorschlag wird jedoch, unter anderem von Deutschland, im Rat der EU blockiert.

Wir fordern vom Europäischen Parlament, dieser Bemühung größeren Nachdruck zu verleihen und auch auf nationaler Ebene darauf hinzuwirken, dass Deutschland seine Blockade aufhebt. Weiterhin fordern wir, dass Altersgrenzen in allen Vorschlägen der Europäischen Kommission kritisch hinterfragt und, falls nicht sachlich begründet, gestrichen werden. Die EU-Mitgliedstaaten müssen Alter als Diskriminierungsgrund in ihren Verfassungen grundsätzlich verbieten.

Altersfreundliche Umgebungen schaffen

Das direkte Lebensumfeld spielt eine zentrale Rolle für ein gutes Leben im Alter und das solidarische Miteinander verschiedener Generationen. Die Lebensqualität im Alter hängt in hohem Maße davon ab, ob ein Älterwerden in der vertrauten Umgebung möglich ist.

Angesichts der steigenden Lebenserwartung und dem damit verbundenen Anstieg der älteren Bevölkerung muss das Wohnumfeld so gestaltet werden, dass es altersfreundlich ist und das Menschenrecht auf Teilhabe und Gesundheit gewährleistet. Das setzt voraus, dass die Vielfalt von Lebenssituationen und Lebensformen im Alter berücksichtigt wird. Eine altersfreundliche Umgebung, die auf Bedürfnisse einer älter werdenden Gesellschaft eingeht, stellt keine Sonderbehandlung Älterer dar, sondern bringt vielmehr Vorteile für alle Generationen mit sich.

Die weltweite, durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ins Leben gerufene Bewegung der altersfreundlichen Städte und Gemeinden bietet wichtige Anhaltspunkte, wie altersfreundliche Umgebungen geschaffen werden können. Sie betreffen die wichtigen Themen Mobilität, Gestaltung des räumlichen Umfelds und Barrierefreiheit. Außerdem müssen kommunale Dienstleistungen, das soziale Umfeld und Angebote zur sozialen Teilhabe so ausgerichtet sein, dass alle Menschen mitwirken und mitentscheiden können.



1 AGE Platform Europe: New EU Report shows lack of protection from age discrimination beyond employment. www.age-platform.eu (abgerufen am 14.12.2023).

Die BAGSO fordert vom Europäischen Parlament, bei der Umsetzung und Überwachung vorhandener Instrumente verstärkt auf die Belange älterer Menschen und den demografischen Wandel zu achten. Dies gilt z. B. für den europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit, die Richtlinie über den barrierefreien Zugang von Webseiten und die Rechtsvorschriften zur Barrierefreiheit im Verkehr. Es sollte festgelegt werden, dass auch bei der Produktion von Haushaltsgeräten auf Barrierefreiheit zu achten ist. Nicht zuletzt gehört zur Barrierefreiheit, dass grundlegende Güter und Dienstleistungen auch analog zugänglich sein müssen.

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) bietet einen wichtigen rechtlichen Rahmen, um Teilhabe und Inklusion zu stärken. Bereits jetzt ist knapp die Hälfte aller Menschen mit Behinderungen in der EU über 65 Jahre alt², und ihr Anteil wird weiter steigen.

Wir fordern vom Europäischen Parlament, auf eine flächendeckende und umfassende Umsetzung der UN-Konvention in den Mitgliedstaaten zu dringen. Dies beinhaltet auch die Förderung von EU-weiten Initiativen und Strategien, die im Einklang mit der UN-BRK stehen.

Soziale Ungleichheit und Armut bekämpfen


Zu den Handlungskompetenzen der EU gehören die Bekämpfung sozialer Ausgrenzung, die Herstellung von Chancengleichheit

zwischen den Geschlechtern, die Verbesserung von Arbeitsumwelten und Arbeitsbedingungen, sowie von sozialer Sicherheit und dem sozialen Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Hierbei sind aus Sicht der BAGSO die Vielfalt von Lebenssituationen und Lebensformen zu beachten. Allen Menschen ist die gleiche Wertschätzung entgegenzubringen, ihre Inklusion und Teilhabe sind zu fördern.

Nach Auffassung der BAGSO ist es zur Bekämpfung von sozialer Ungleichheit und Armut unerlässlich, den Lebensverlauf stärker zu berücksichtigen. Bei der Ausarbeitung von EU-Rechtsverordnungen und bei der Anwendung des Europäischen Sozialfonds Plus muss diese Perspektive eine zentrale Rolle spielen. So haben etwa Benachteiligungen von Kindern und Jugendlichen im Bildungsbereich Auswirkungen im Erwachsenenalter und stellen im höheren und hohen Alter ein Armutsrisiko dar. Je früher Maßnahmen zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit getroffen werden, desto geringer ist das Risiko gesundheitlicher Beeinträchtigungen und sozialer Benachteiligungen im Alter.

Ältere Menschen müssen ihre Rechte wie z. B. das Recht auf Bildung, auf soziale Sicherheit oder auf Arbeit wahrnehmen können.

Wir fordern vom Europäischen Parlament, flächendeckende Bildungsangebote zu fördern, die die vielfältigen Lebenslagen und



² Europäischer Rat (2023): Infografik – Disability in the EU: facts and figures. www.consilium.europa.eu (abgerufen am 14.12.2023).



Interessen älterer Menschen berücksichtigen. Der Europäische Sozialfonds Plus sollte auch Programme zur Wahrnehmung der Rechte Älterer finanzieren. Das Europäische Parlament muss Einsamkeit als gesellschaftlich und gesundheitspolitisch relevantes Thema mit Nachdruck behandeln.

Miteinander älter werden – für mehr Solidarität und Demokratie

Angesichts massiver globaler Veränderungen wie Klimawandel und Digitalisierung sollte die Politik der künftigen Abgeordneten des Europäischen Parlaments dazu beitragen, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten zukunftsfähig sind. Dazu zählt, eine Gesellschaft zu schaffen, die ein solidarisches Miteinander der Generationen ermöglicht.

Weil eine solidarische, vielfältige Gesellschaft von unschätzbarem Wert ist, setzt sich die BAGSO für ein respektvolles Miteinander der Generationen ein. Sie fühlt sich auch dafür verantwortlich, dass nachfolgende Generationen eine Welt mit guten Lebensbedingungen vorfinden. Alle Menschen eint, dass sie älter werden. Und je früher im Lebensverlauf Maßnahmen greifen, die die Lebensbedingungen verbessern, desto größer sind die Chancen für ein gutes und würdevolles Leben im Alter. Das Europäische Parlament kann dazu beitragen, indem es das Älterwerden als lebenslangen Prozess in allen relevanten Politikbereichen berücksichtigt. Die Schlussfolgerungen zum Mainstreaming Ageing bieten dafür eine gute Grundlage.

Eine europäische Strategie für ältere Menschen, wie vom EWSA gefordert, kann einen wichtigen Beitrag leisten, um die drei von der BAGSO geforderten Ziele zu erreichen. Eine solche EU-Strategie kann verdeutlichen, dass von einem besseren Schutz der Menschenrechte Älterer alle profitieren: die heute Älteren, diejenigen, die ältere Menschen unterstützen und pflegen, sowie zukünftige Ältere. Außerdem sollte die Arbeit der Europäischen Kommission zum Thema Alter im Rahmen der Strategie stärker koordiniert und als Thema der Gleichstellungspolitik behandelt werden.

Zudem sollte sich die EU wesentlich stärker für die Menschenrechte Älterer weltweit einsetzen und sicherstellen, dass alle unter Wahrung ihrer Menschenrechte gut altern können. Um das zu erreichen, müssen die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auch auf nationaler Ebene entschieden für eine UN-Altenrechtskonvention eintreten.

Abschließend fordern wir als Stimme der Älteren, die Beteiligung der Zivilgesellschaft in all ihrer Vielfalt zu stärken. Eine demokratische Gesellschaft lebt davon, dass alle Menschen dieselben Möglichkeiten haben, um mitzuwirken und mitzuentcheiden. Das Europäische Parlament muss dafür sorgen, dass sich die Zivilgesellschaft an Gesetzesvorhaben und Initiativen der EU beteiligen kann, und ihr die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen. Nur so können wir gemeinsam und solidarisch älter werden.

Diese Stellungnahme wurde im Dezember 2023 vom Vorstand der BAGSO verabschiedet.

Die BAGSO – Stimme der Älteren

Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen vertritt die Interessen der älteren Generationen in Deutschland. Sie setzt sich für ein aktives, selbstbestimmtes und möglichst gesundes Älterwerden in sozialer Sicherheit ein. In der BAGSO sind mehr als 120 Vereine und Verbände der Zivilgesellschaft zusammengeschlossen, die von älteren Menschen getragen werden oder die sich für die Belange Älterer engagieren.

Die BAGSO fördert ein differenziertes Bild vom Alter, das die vielfältigen Chancen eines längeren Lebens ebenso einschließt wie Zeiten der Verletzlichkeit und Hilfe- bzw. Pflegebedürftigkeit. Gegenüber Politik, Gesellschaft und Wirtschaft tritt sie für Rahmenbedingungen ein, die ein gutes und würdevolles Leben im Alter ermöglichen – in Deutschland, in Europa und weltweit.

In Positionspapieren und Stellungnahmen gibt die BAGSO Anstöße und Empfehlungen für politisches Handeln in Bund, Ländern und Kommunen. Die BAGSO veröffentlicht eine Vielzahl von Publikationen zu unterschiedlichen Themen, die kostenfrei zu bestellen sind oder auf der BAGSO-Internetseite heruntergeladen werden können.

Auf EU-Ebene arbeitet die BAGSO eng mit AGE Platform Europe zusammen, dem Zusammenschluss von Seniorenorganisationen aus 30 europäischen Ländern, und unterstützt das AGE-Manifest „The Europe we want is for all ages“ zur Europawahl.

www.bagso.de



Herausgeber

BAGSO
Bundesarbeitsgemeinschaft
der Seniorenorganisationen e.V.

Geschäftsstelle
Internationale Altenpolitik
Telefon 0228 / 24 99 93-21
international@bagso.de

Noeggerathstr. 49
53111 Bonn
Telefon 0228 / 24 99 93-0
Fax 0228 / 24 99 93-20
kontakt@bagso.de

www.bagso.de
facebook.com/bagso.de
twitter.com/bagso_de